

Die Reihe
„Internationale Beziehungen“
wird herausgegeben von

Prof. Dr. Mathias Albert, Bielefeld
Prof. Dr. Christopher Daase, München
Dr. Nicole Deitelhoff, Darmstadt und Frankfurt / Main
Prof. Dr. Gunther Hellmann, Frankfurt / Main
Prof. Dr. Frank Schimmelfennig (geschäftsführend), Zürich

Band 6

Prof. Dr. Gunther Hellmann (Hrsg.)

**Forschung und Beratung
in der Wissensgesellschaft**

Das Feld der internationalen Beziehungen
und der Außenpolitik

 **Nomos**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 10: 3-8329-2423-X

ISBN 13: 978-3-8329-2423-2

1. Auflage 2007

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

10 Ist Kritik noch möglich? Zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft in den Internationalen Beziehungen

Klaus Schlichte

1. Einleitung

Die Möglichkeiten einer kritischen Wissenschaft der internationalen Beziehungen wirken heute begrenzter als noch vor ein oder zwei Jahrzehnten. Vor allem zwei Gründe, ein pragmatischer und ein theoretischer, lassen dies so erscheinen. Erstens haben sich mit dem Wandel des gesellschaftlich dominierenden Verständnisses der Funktion von Wissenschaft und Universität auch die Bedingungen von Forschung und Lehre in den Internationalen Beziehungen verändert. Nicht mehr das humanistische Bildungsideal, sondern Erwartungen an die wirtschaftliche Verwertbarkeit und den Nutzen für Techniken der sozialen und politischen Steuerung sind die Vorgaben wissenschaftlicher Praxis. In der Politikwissenschaft allgemein findet diese Veränderung in der Forderung nach „Politikrelevanz“ ihren landläufigen Ausdruck. Dies ist die *pragmatische* Einschränkung der Möglichkeit kritischer Wissenschaft.

Der zweite Grund ist wichtiger. Er betrifft den fehlenden Ort: Kritische Wissenschaft ist nur dann begründet, wenn sie den Ort angeben kann, von dem aus sie kritisiert. Nach dem Ende der binären politischen Codierungen, die westliche Gesellschaften so lange geprägt haben, und nach dem Ende der „großen Erzählungen“, die Gesellschafts- und Politikauffassungen auch normativ fundiert haben, ist es jedoch zweifelhaft geworden, wie sich kritische Wissenschaft heute noch begründen lässt. Dies ist die *theoretische* Einschränkung der Möglichkeit kritischer Wissenschaft. An diesem Punkt setzen die Überlegungen dieses Beitrags ein. Sie kreisen um die Frage: Ist Kritik noch möglich?

Die Ursachen dieser Frage haben selbst weniger mit wissenschaftlichen Entwicklungen zu tun als mit realgeschichtlichen Vorgängen. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts ist nicht nur die Beschreibung der Politik nach dem Links-Rechts-Schematismus fragwürdig geworden. Ungefähr zeitgleich haben auch in der Politikwissenschaft Selbstbeschreibungen an Überzeugungskraft verloren, die über Jahrzehnte gültig schienen: Die Einteilung der Paradigmen in „empirisch-analytische“, „normativ-ontologische“ und „kritisch-dialektische“ wird der Entwicklung in keinem Bereich der Politikwissenschaft mehr gerecht. Fanden sich schon in früheren Zeiten kaum Autoren bereit, sich diese Kennzeichnungen selbst zuzulegen, so dominierten sie doch die Lehrbücher der Politikwissenschaft, mit der Absicht, immer neuen Studierenden die verwirrende Vielfalt von Lehrmeinungen und Methoden im Fach zu vermitteln (vgl. Alemann/Forndran 1985: 43-52; Münkler 1985: 18-20).

Diese Kennzeichnungen der Paradigmen konnotierten auch immer Haltungen zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft. „Empirisch-analytische“ Wissen-

schaftler standen im Verdacht, eine durchweg sozialtechnologische Haltung zu besitzen, die sich nahtlos an das steuerungspolitische Paradigma der siebziger Jahre anschmiegte. „Kritisch-dialektischen“ Wissenschaftlern wurde eine allgemeine Anti-Haltung gegen alles Bestehende unterstellt, die sich auf einen dogmatischen Marxismus berufen würde. „Normativ-ontologische“ Wissenschaftler galten hingegen als verkappte Wertkonservative, die die Geistes- und Sozialgeschichte seit den Hochzeiten der attischen Demokratie nur noch als Verfallsgeschichte beschreiben konnten.

Politische und wissenschaftliche Haltungen haben sich seitdem modifiziert und differenziert. Dennoch lassen sich in der deutschen Politikwissenschaft nach wie vor drei wissenschaftliche Haltungen finden, die sich entlang der Frage nach dem Stellenwert und der Rolle der Kritik umreißen lassen.¹ Die *erste* dieser Positionen behauptet einen vollständigen Immanenzzusammenhang von Wissenschaft und Politik, der vollkommen systemfunktional sei. Noch die kritischste Kritik trage immer nur dazu bei, das System zu stabilisieren. Die Kritik von Politik könne immer nur zu Umformungen von Herrschaft führen, diese aber nicht auflösen. Die *zweite* Position sieht das Ganze positiver und konstatiert eine politisch legitime und wissenschaftlich gewollte Arbeitsteilung, die sich fest in das liberale Fortschrittsparadigma einschreibt: Die Kritik der Politik durch die Wissenschaft sei gewollt und nützlich, denn sie diene der Effizienz und Zielgerichtetheit von politischen Maßnahmen. Die wertmäßige Beurteilung von Politik ist nicht Teil der Wissenschaft. Die *dritte* Position schließlich sieht die Aufgabe der Politikwissenschaft im Wesentlichen in der Kritik der Politik und hält eine solche Kritik auch für möglich. Die Kritik der Politik durch die Wissenschaft sei nicht notwendig nützlich, sondern beruht auf eigenen Maßstäben der Wissenschaft, auf wissenschaftlicher Autonomie.

Um diese Positionen soll es im zweiten Teil dieses Beitrags gehen. Statt diese Positionen zu karikieren, bloßzustellen oder eine zu begünstigen, werden sie daraufhin befragt, wie sie die Kategorie der Kritik begründen. Die These, die sich daraus als Resultat ergibt und dann Grundlage des dritten Teils dieses Beitrags ist, lautet, dass keine dieser Positionen die Frage nach der Kritik ohne weiteres befriedigend beantworten kann. Ein knapper Versuch, den Begriff der Kritik historisch zu rekonstruieren, soll helfen, die Frage nach der Möglichkeit zu beantworten. Die Ergebnisse, die sich aus dieser „kleinen Genealogie der Kritik“ ergeben, sollen anschließend als Vorschläge für ein kritisches Selbstverständnis des Faches noch einmal diskutiert werden. Aus der Schau auf die klassischen Positionen zur Kritik sollen den Beitrag abschliessend drei Forderungen an eine kritische Wissenschaft formuliert werden: Sie muss ihre Autonomie gegenüber dem politischen Feld herstellen und bewahren, sie muss öffentlich sein und sie muss ihre gesellschaftliche Bedingtheit und ihre eigene Politizität erkennen.

¹ Zum Stand der Kritik in den deutschen Internationalen Beziehungen vgl. Hellmann/Wolf/Zürn (2003) und Chawascza/Kersting (1998). Eine explizit kritische Beobachtung dieses Feldes findet sich bei Fach/Simonis (2000). Zum Stand der Dinge im englisch- bzw. französischsprachigen Ausland vgl. Devetak (1996); Halliday (1994); Roche (1997) und Badie/Smouts (1995).

2. Drei Meinungen über die Kritik

Einteilungen der wissenschaftlichen Diskurse sind immer problematisch, denn sie tendieren dazu, große Teile als „mainstream“ zu denunzieren oder Minderheiten als Außenseiter zu marginalisieren. Allzu leicht verbinden sich mit den Kategorisierungen und Benennungen hierarchische Konnotationen. Die im folgenden knapp umrissenen Positionen sind denn auch nicht als „Lager“ zu verstehen, sondern bündeln jeweils Argumente, die im gegenwärtigen Diskurs der Internationalen Beziehungen wie auch in anderen Sozialwissenschaften zu finden sind.

2.1 Kritik in der Immanenz von Politik und Wissenschaft

Gemäß dieser Position konstituieren sich Politik und Wissenschaft nicht nur gegenseitig, sondern sie sind Teil desselben Zusammenhangs. Die Produktion von wissenschaftlichem Wissen und von wissenschaftlich geschultem Personal an Universitäten ist seit jeher Teil der Reproduktion sozialer Ordnung und staatlicher Herrschaft. Gemäß dieser Position ist Kritik immer nur Teil dieses immanenten Zusammenhangs und deshalb notwendig systemstabilisierend (vgl. Boltanski/Thévenot 1991). Kritik „repariert“ nur, aber sie verändert nicht. In Teilen des Werkes von Michel Foucault scheint diese Haltung auf. Darin sind die Statistik, aber auch die Medizin und die Kriminologie, Teil desselben Projekts der Herrschaft, das der moderne Staat nun einmal ist. Kritik vollzieht sich an Modellen und Methoden dieser staatlichen Projekte, und so verändern sich die Praktiken der Herrschaft über die Zeit, etwa von den Körperstrafen zur sozialtherapeutisch begleiteten Resozialisierung. Am Zwangscharakter des Projekts und an der Systemfunktionalität der wissenschaftlichen Kritik aber ändert dies nichts. Die Immanenz der Kritik bleibt erhalten. Kritik ist nie das ganz Andere, sondern immer ein eingebauter, systemstabilisierender Mechanismus. Ähnliche Figuren finden sich bereits in der älteren Humanismuskritik, in der die Abschaffung des Sklavenhandels nicht auf philanthropische Motive, sondern wirtschaftliche Erfordernisse zurückgeführt wird – die Kritik will Verbesserung, aber sie erzeugt nur neues Elend.

2.2 Kritik in der Arbeitsteilung von Politik und Wissenschaft

Dieser Position zufolge ergänzen sich Politik und Wissenschaft in sinnvoller Weise. Während die Forschung Wissen über politische Zusammenhänge produziert, treffen politische Akteure auf der Grundlage ihres Erfahrungswissens und des wissenschaftlichen Wissens Entscheidungen. Kritik hat in dieser Auffassung vor allem die Funktion, die Effizienz und Wirklichkeitsnähe der Politik zu erhöhen. Der Sinn der Wissenschaft ist gesellschaftlich nützlich Wissen zu erzeugen, der Sinn der Kritik ist

rein innerwissenschaftlich. Die Bewertung politischer Entscheidungen und Entwicklungen ist nicht selbst wissenschaftliches Geschäft, sondern eben: Politik.

Kritik dient dieser Auffassung zufolge der Steigerung der wissenschaftlichen Gesamtrationalität. Sie ist, wie in der Wahrnehmung der ersten Position, funktional, aber hier wird diese Funktionalität ausdrücklich begrüßt. „Politikberatung“ ist nicht programmierte Korruption, keine pathologische Entwicklung, sondern gewollter Hauptzweck der Politikwissenschaft. Die wissenschaftstheoretische – nicht die politische – Darlegung dieser Position findet sich am reinsten bei Karl Popper (1973: 222-224; 1987: 69-72). Sie wird in den Diskussionen der Internationalen Beziehungen in der Regel von außen als „Positivismus“ bezeichnet.

2.3 Die Kritik von Politik durch Wissenschaft

Wissenschaft und Politik, so diese dritte Position, stehen in einem kritischen Verhältnis zueinander. Während Akteure der Politik von der Wissenschaft Hilfe und Unterstützung erwarten, ist die Hauptaufgabe der Politikwissenschaft die kritische Analyse der politischen Wirklichkeit, einschließlich der Handlungen ihrer Adressaten und Geldgeber in der Politik. Wissenschaft untersucht Folgen der Politik, sie bewertet institutionelle Arrangements und politische Prozesse auch normativ. Gemeinhin orientiert sich diese Position an der Leitnorm der „Emanzipation“. Ein „emanzipatorisches Erkenntnisinteresse“ (Habermas 1988: 244f) soll für diese Art Wissenschaft charakteristisch sein. Diese Sichtweise sieht ihre Position nicht als dezisionistischen Akt aus einer politischen Werthaltung heraus, sondern begreift den kritischen Auftrag als konstitutiv für Wissenschaft überhaupt, indem sie das gesamte Projekt der Wissenschaft als gattungsgeschichtliche Fortschrittsbewegung auffasst.

Die erste Position, die sich vorwiegend an der poststrukturalistischen Wissenssoziologie orientiert, lässt sich in den Internationalen Beziehungen im deutschen Sprachraum so gut wie gar nicht wiederfinden. Unter Überschriften wie „postcolonial studies“ oder „subaltern studies“ hat sie im englisch- und französischsprachigen Wissenschaftsfeld jedoch eine etablierte Position erreicht (vgl. Bayart 2004). In Deutschland oszilliert das Selbstverständnis der Disziplin zwischen den beiden letztgenannten Positionen, auch wenn das Thema der gesellschaftlichen und politischen Rolle der Wissenschaft in der umfangreichen Selbstbetrachtung der deutschen Internationalen Beziehungen bisher keine Rolle gespielt hat. Im 2003 erschienenen Sammelband „Die neuen Internationalen Beziehungen“ (Hellmann/Wolf/Zürn 2003) jedenfalls findet sich nur ein einziger sehr pauschaler Satz, der die gesellschaftliche Funktion der Wissenschaft thematisiert.

Heute kann keine der genannten Positionen unproblematisch erscheinen. Die These der vollkommenen Immanenz hat nicht nur die empirische Schwierigkeit, die im wissenschaftlichen Kontext immer wieder auftauchende radikale Kritik zu erklären. Sie ist darüber hinaus auch praktisch widersprüchlich, sobald sie innerhalb der Wissenschaft formuliert wird. Warum sich an einem Projekt beteiligen, von dessen unseligen Effekten von vornherein ausgegangen werden muss? Die zweite Position

hat ihre Abstraktheit schon früh vorgehalten bekommen. Erst die wissenschaftssoziologischen (Fleck 1993 [1935]),² dann die geschichtlichen Verläufe selbst, und schließlich die wissenschaftshistorische Kritik (Kuhn 1970 [1962]) haben am Paradigma der problemlosen Allianz von Politik und Wissenschaft entmythologisierend gewirkt. Eine einfache symbiotische Beziehung zwischen Wissenschaft und Politik trifft nur noch auf Skepsis und Ablehnung. Aber auch die dritte Position hat an Ansehen verloren. Wie sich der kritische Impuls, das Erkenntnisinteresse an „Emanzipation“ begründen lässt, ist keineswegs mehr so einsichtig wie in den Entstehungsjahren, als diese Haltung mindestens in den aufblühenden Sozialwissenschaften von einem breiten Konsens getragen wurde. Das große Zeitalter der Kritik, so scheint es, hat sich seinem Ende zugeneigt.

Worin Kritik also bestehen soll, welche wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Gründe für oder gar gegen sie sprechen, das sind offene Fragen. Auch wenn dieser Beitrag sie nicht beantworten kann, so soll er wenigstens eine Annäherung erreichen. Dazu ist zunächst ein Schritt zurück nötig. Denn die Geschichte der Kritik in der Politikwissenschaft der letzten zwanzig Jahre hat schon erhebliche Wandlungen offenbart. Wenn dies so ist, dann unterliegt die Kategorie der Kritik wohl selbst einem historischen Wandel. Nur ein Blick in die Geschichte des Begriffs kann deshalb zeigen, an welche Bedingungen, Ansprüche und Geltungen die Kategorie der Kritik gebunden ist, und unter welchen Umständen sie ihren Wert verliert.³

3. Zur Genealogie der Kritik

„Unser Zeitalter ist das eigentliche Zeitalter der Kritik, der sich alles unterwerfen muß. Religion, durch ihre Heiligkeit, und Gesetzgebung durch ihre Majestät, wollen sich gemeiniglich derselben entziehen. Aber alsdann erregen sie gerechten Verdacht wider sich und können auf unverstellte Achtung nicht Anspruch machen, die die Vernunft nur demjenigen bewilligt, was ihre freie und öffentliche Prüfung hat aushalten können“ (Kant 1956: A XII).

Diese für eine ganze Epoche programmatische Textstelle verweist schon auf den Ursprung des folgenreichen Konzepts der Kritik. Während mit dem Terminus bis in das 18. Jahrhundert nicht viel anderes als die methodische Textkritik – ein durchweg hermeneutisches Verfahren – gemeint ist (Röttgers 1982), entwickelt sich der Be-

2 Die grösste Delegitimierung einer klassischen Wissenschaftsauffassung beruht auf der Indienstnahme der Wissenschaft durch den Nationalsozialismus, für die Ludwik Flecks persönliche Geschichte eindrücklich ist. Zur Vorgeschichte der deutschen Sozialwissenschaften vgl. Ringer (1983) und Feldmann (1987).

3 „Solange Begriffe noch in der Sprache mit leben, ist begriffsgeschichtliche Aufklärung sinnvoll, das Ideal der totalen Bewußtheit (des Sinns und der Verwendungsweisen) eines Begriffs ist jedoch unsinnig - Selbstvergessenheit gehört zum Wesen der Sprache, begriffliche Aufklärung kann immer nur partial sein“ (Gadamer 1993: 85).

griff der Kritik erst im Kontext der Aufklärung zu dem, was er bis heute als Konnotation mitführt: den erlaubten Zweifel an der Gültigkeit einer Aussage, die Ermächtigung, nichts ungeprüft zu übernehmen, sondern mit eigenen Maßstäben zu messen, die Autonomie der Vernunft, den freien Vernunftgebrauch.

Der Begriff der Kritik entwickelt sich in der Krise des *ancien régime*: „Im achtzehnten Jahrhundert entfaltete sich die bürgerliche Gesellschaft, die sich als neue Welt verstand, indem sie die ganze Welt geistig beanspruchte und im gleichen Zug die alte Welt negierte“ (Koselleck 1973: 1). Der historische Ort, an dem Kritik erstmals zu einem verschiedene intellektuelle Praktiken übergreifend bezeichnenden Begriff wird, ist also das Zeitalter der Aufklärung, der Formierung bürgerlichen Denkens gegen den scholastischen Dogmatismus und die Ansprüche absolutistischer Herrschaft. Kritik entsteht also nicht ohne soziale Trägergruppen. Weil sie sich von den opaken Finanzverhältnissen des absolutistischen Staates ausgeschlossen sehen, verbündet sich das Milieu der bürgerlichen Financiers mit Teilen des ehemals frondierenden Adels und den Milieus der Emigranten, und in diesem Wirkungskreis wird die Kritik als Aufklärung zum Programm einer Epoche (Koselleck 1973: 49ff.).

Für die heutige politische Sprache ist diese Epoche fundamental, denn hier kristallisieren sich die großen Unterscheidungen, die fortan die wesentlichen Trennungen und Gegenüberstellungen der politischen Rede und der Rede über Politik abgeben: Dem absolutistischen Staat tritt eine bürgerliche Gesellschaft gegenüber, in der Aufklärung treten Moral und Politik auseinander (Koselleck 1973: 72),⁴ die Legitimierung durch Bezug zur Transzendenz wird durch die legitimierende Öffentlichkeit ersetzt (Kondylis 1986: 58), an die Stelle der Autorität tritt der abstrakte Maßstab der bürgerlichen Rationalität, die Vernunft als kritisches Vermögen (vgl. Schnädelbach 1985).

Im Gefolge dieser sozial- und geistesgeschichtlichen Wende entwickeln sich Konzepte und Begründungen der Kritik, die für weite Teile der Sozialwissenschaften in ihrem Selbstverständnis bis in die Gegenwart maßgeblich geblieben sind. Dabei ist die Kantische Philosophie oder wenigstens doch der Kantische Aufklärungsbegriff eine durchlaufende Referenz. Form, Objekt, Reichweite und Begründung der Kritik wandeln sich aber bei den hier nur knapp skizzierten Autoren Kant, Marx, Nietzsche, Weber, Horkheimer und Foucault. Einwände gegen diese Konzeptionen – und Lehren aus ihnen – sollen im nachfolgenden Textteil als Grundlage der Erwägungen über die Möglichkeiten der Kritik in der Gegenwart dienen.

4 Interessant sind die von Koselleck konstatierten Mechanismen der Formierung dieser Trennungen: „Das private Gewissen erweitert sich durch das Medium des Geheimnisses zur Gesellschaft, die Gesellschaft wird zu einem großen Gewissen, und zwar zu einem Gewissen der Welt, von der sich die Gesellschaft voluntativ durch das Geheimnis ausspart.“ (Koselleck 1973: 67). Das Verhältnis von privater und öffentlicher Moral hat auch eine Geschichte.

3.1 Immanuel Kant: Kritik als Zeitalter

Das Kantische Programm formuliert die Positionen der Kritik nach wie vor in maßgeblicher Weise. Kritik ist bei Kant immer die Bestimmung der Möglichkeiten und Grenzen von etwas. Die Methode ist immer die Transzendente: also die Erkenntnis von der Möglichkeit der Anwendung des Apriorischen. Der Gegenbegriff bei Kant ist das Dogma, der dogmatische Vernunftgebrauch, und das ist einer, der ohne Prüfung der Beweise auskommt. „Dogmatismus ist also das dogmatische Verfahren der reinen Vernunft, ohne vorangehende Kritik ihres eigenen Vermögens“ (Kant 1956: B XXXVI). Der Kritikbegriff steht im Zentrum von Kants Philosophie, und sein Modell ist eines des Gerichtshofes. Die Kritik ist „gegenüber egalitär-anarchistischen Zuständen“ der Meinungen zur richtenden dritten Person ermächtigt (Röttgers 1982: 665).

Für Kant ist die Kritik aber nicht nur Gelehrtensache, sondern seine historische Hoffnung richtet sich auf den „öffentlichen Vernunftgebrauch“, auf das Moralisieren und die Zivilisierung der Gefühle, wie er sie in der Wahrnehmung und Diskussion der Zeitgenossen der Französischen Revolution zu beobachten meint, und in der „das Volk“ moralischen Charakter „wenigstens in der Anlage“ beweise (Kant 1959: 84). Kant setzt auf das Prinzip der Publizität, das die von ihm einzig erhobene Forderung darstellt, im festen Vertrauen darauf, dass diese eine hinreichende Ursprungsdynamik entfalten würde (1959: 89). „Die Freiheit der Feder“ ist „das einzige Palladium der Volksrechte“ (Kant 1973: 102).

Für Kant ist es vermessend, wenn Philosophen, also Wissenschaftler, dem Volk Staatsverfassungen vorschlagen, „so süß es ist, sich der Vernunft angemessene ausdenken“ (Kant 1959: 92, Fn). Die Aufgabe der Wissenschaft ist es nach Kant auch nicht, die Masse zur Abschaffung einer bestehenden Ordnung aufzuwiegeln, sondern die Philosophen müssten die Herrschenden an ihre Pflicht gemahnen, durch Reform zum Besseren fortzuschreiten (1959: 92). Bei Kant ist „Kritik“ folglich nicht unvermittelt politisch. Sondern aus freier Diskussion und freier Entfaltung theoretischer Argumentation in der bürgerlichen Öffentlichkeit soll sich die Dynamik zur Herstellung besserer Verhältnisse entwickeln.

Faktisch, so wissen es die Begriffshistoriker (Röttgers 1982), blieb es in Deutschland länger bei einer Beschränkung des Begriffs der Kritik auf das Feld der Wissenschaft als in anderen Kontexten des Diskurses der Aufklärung. Bis etwa 1830 wird der Begriff der Kritik nur innerhalb der Wissenschaften verwendet. Die Ausweitung auf die politische Sprache setzt erst danach ein. Ein Grund dafür ist die Übermacht des deutschen Idealismus, der eine Kritik der Politik gar nicht braucht, weil er Vernunftgeschehen und Staatswerdung identisch setzt. Erst mit der Kritik der Junghegelianer, für die nach Hegel Philosophie nur noch als Kritik möglich ist, wird der intellektuelle Diskurs wieder kritisch (vgl. Schnädelbach 1983: 128-131).

Führt aber der Kantische Weg zu einer Begründung von Kritik, die auch gegenwärtigen Maßstäben standhält? Der Begriff der Kritik hat, wie andere Begriffe auch, einen Zeitkern, der vielleicht mit dem bürgerlichen Aufbegehren gegen monarchische Despotie zusammenfällt. Wenn dies so ist, dann wäre der Begriff unter einer

veränderten, nunmehr demokratisierten politischen Lage neu zu füllen. Oder ist das Zeitalter der Kritik schon vorbei? Für die Kantische Konzeption von Kritik und Aufklärung sprachen zwei Gründe, die, so scheint es, heute nicht mehr zur Verfügung stehen. Der erste Grund lag im Stand der Wissenschaft zu seiner Zeit: Für Kant war die Sache noch insofern einfacher, als die Newtonsche Physik als Maßstab von Wissenschaftlichkeit autoritativ auftreten konnte. Mit dem Auseinandertreten der Wissenschaften in unterschiedliche Kulturen – zwei nach C.P. Snow (vgl. Kreuzer 1987), drei nach Wolf Lepenies (1985) – ist diese Möglichkeit verschlossen. Es gibt keine „Königin der Wissenschaften“ mehr, deren Methoden und Axiome Maßstäbe für die Rationalität der anderen abgeben könnten.

Der zweite Grund, auf den Kant noch verweisen konnte, ist uns auch abhanden gekommen. Kants Kritik – wie die Aufklärung überhaupt – richtete sich gegen den Dogmatismus der Kirchen und die Repression des Absolutismus. Mit der Herstellung einer demokratischen Ordnung, so könnte man argumentieren, wurden die Ansinnen des damals noch jungen Bürgertums längst realisiert und müssen nicht weiter betrieben werden, außer zur Abwehr jener, die sich gegen diese Ordnung stellen.

Politischer Protest formiert sich ohnehin, auch ohne Zutun der Universitäten, so wichtig diese global als Kristallisationsorte für politische Bewegungen sind. Politische Kritik findet zwar nicht ganz unabhängig von wissenschaftlicher Begleitung statt, aber sie ist auf diese nicht angewiesen. Es wäre wohl auch kein Konsens darüber zu erreichen, dass sich der Stellenwert der Kritik in der Wissenschaft von einer politischen Vorentscheidung, also gewissermaßen nur als Klassenbündnis, begründen ließe. Dann wäre Kritik in den Sozialwissenschaften nur möglich, wenn sie sich auf eine maßgebliche soziale Gruppe berufen könnte, die ihr Programm unterstützt. Kritik wäre dann auf bestimmte soziale Konstellation angewiesen. Das moderne Wissenschaftsverständnis aber erwartet *innerwissenschaftliche* Geltungsgründe für den Stellenwert der Kritik. Das bedeutet: Auch Sozialwissenschaften müssen ihre eigenen Maßstäbe entwickeln. Im Kontext des 19. Jahrhunderts ist wohl die Entwicklung der Geschichtswissenschaft das Feld, auf dem die heutigen Probleme der Sozialwissenschaften am ehesten in ihren Vorformen anzutreffen wären.

3.2 Friedrich Nietzsche: Kritik ad libitum

Das 19. Jahrhundert erlebte nicht nur die beeindruckenden Erfolge der naturwissenschaftlichen Praxis und ihrer Ausformung in universitäre Betriebe, sondern zugleich die Emanzipation der Geschichtswissenschaft als akademische Disziplin von literarischen Traditionen (vgl. Lepenies 1985: 283-310). Diese Entwicklung blieb nicht ohne kritische Begleiter. Friedrich Nietzsches Auseinandersetzung mit den gerade erblühenden historischen Schulen ist die vielleicht prominenteste kritische Prüfung der Grundlagen und Absichten dieser Vorformen sozialwissenschaftlicher Versuche, neue Maßstäbe zu setzen. Sein Resümee ist wenig ermutigend für das Selbstverständnis dieser neuen wissenschaftlichen Ansätze: Ohne Leitwissenschaft droht

Kritik beliebig zu werden. Ohne Richter in bleibt die Kritik willkürlich und sieht sich Nietzsches Spott ausgesetzt:

„Nirgends kommt es zu einer Wirkung, immer nur wieder zu einer ‚Kritik‘; und die Kritik selbst macht wieder keine Wirkung, sondern erfährt nur wieder Kritik. Dabei ist man übereingekommen, viel Kritiken als Wirkung, wenige als Mißerfolg zu betrachten. Im Grunde aber bleibt selbst bei sootener ‚Wirkung‘ alles beim alten: man schwätzt zwar eine Zeit lang etwas Neues, dann aber wieder etwas Neues und tut inzwischen das, was man immer getan hat“ (Nietzsche 1874: 280).

Nietzsche verbindet also seine Kritik der Kritik schon mit Beobachtungen der Wissenschaften als Betrieb. Das kommt im gleichen Text, aber auch in anderen Werkstellen, immer wieder zum Ausdruck. Die Wissenschaftler und Publizisten, die sich nur mit der aktuellen Politik beschäftigen und sonst keine Weisheit haben, sind ihm ein Gräuel. Sie heißen ihm „Legionäre des Augenblicks“ (1874: 310), und ihre Attitüde, die Geschichte an ihren zufälligen Meinungen zu messen und das „Objektivität“ zu nennen, nennt er „Mythologie“ (1874: 290). Von der Idee der Vernunft, die der Aufklärung noch als oberste Richtschnur diente, bleibt bei Nietzsche nur die „leibgewordene Vernunft“, die sich in den am Wissenschaftsprozess beteiligten Individuen ausprägt, wobei diese Individuen selbst „Schauplatz überindividueller Kräfte“ sind (Taureck 1989: 136).

Während sich aus Nietzsches Betrachtung festhalten lässt, dass der Betriebscharakter der Wissenschaft selbst kein Garant der Rationalität ist, so bleibt sein lebensphilosophisch gewendeter Vernunftbegriff doch bloß destruktiv und enthält keine wissenschaftliche Bestimmung dessen, was Kritik unter diesen Bedingungen noch sein könnte. Nietzsche selbst verabschiedete sich konsequent vom klassischen Wissenschaftskonzept, aber er kann denen, die Sozialwissenschaft als rationale Wirklichkeitswissenschaft betreiben wollen, keinen Leitfaden der Kritik liefern.

3.3 Karl Marx: Immanente Kritik und Kritik als Entscheidung

In ähnlicher Weise schlägt die Einsicht, dass die Wissenschaft nicht unschuldig ist, dass ihre Diskurse nicht unabhängig von sonstigen menschlichen Irrtümern verlaufen, auch bei Marx durch, dem zweiten großen Kritiker der Moderne. Für Marx ist die Theorie nicht mehr ein von der sonstigen Realität getrenntes Projekt, sondern selbst ein gesellschaftliches Phänomen. Deshalb fällt für Marx Theoriekritik auch mit Sachkritik zusammen. Ökonomiekritik ist nicht nur Kritik der Theorie der politischen Ökonomie, sondern auch Kritik der Wirklichkeit selbst. Die Kritik der Widersprüchlichkeit einer Theorie ist auch Kritik der als widersprüchlich erscheinenden Wirklichkeit, denn bürgerliche Theorie ist für Marx nichts anderes als die unkritische theoretische Fassung der erscheinenden Wirklichkeit. Für das Marx'sche Programm konstitutiv ist deshalb die Kritik dieser Alltagsmeinungen, gleichviel, ob sie als wissenschaftliche Standpunkte oder als Laienansicht vorkommen. Eine wirkliche

Theorie muss demnach mit Widersprüchen auf zweierlei Weise umgehen können, sie muss ihre Genese erklären können, und sie muss in ihrer Logik Raum für Widersprüche und ihre Formulierung haben können. Das ist der Grund der Dialektik.

Die eigentlich „kritische“ Grundoperation im Sinne von Marx und Engels besteht deshalb immer darin, den Zusammenhang von Aussagen über die Gesellschaft mit ihrer jeweiligen materiellen Umgebung zu sehen: „Das Bewusstsein der Menschen kann nie etwas anderes sein als ihr bewusstes Sein; und das Sein der Menschen ist ihr wirklicher Lebensprozess“ (Marx/Engels 1958: 26) – so wurde gegen die „Luftschlösser“ der Junghegelianer argumentiert. Die damit angedeutete Soziologisierung der kritischen Vernunft ist nur durch Selbstaufklärung überwindbar: „Das Bewusstsein ist also von vornherein schon ein gesellschaftliches Produkt und bleibt es, solange überhaupt Menschen existieren“ (Marx/Engels 1958: 31).

Die wirkliche Kritik aber ist für Marx, der Wissenschaft als gesellschaftliches Phänomen begreift, die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die nicht mehr so häufig zitierte Phrase von der Kritik der Waffen, die die Waffe der Kritik ersetzen müsse (Marx 1976: 285), zielt auf diesen Zusammenhang. An eine übergeordnete, aus abstrakten Prinzipien zu begründende Kritik glaubt auch Marx nicht mehr, wenn auch aus anderen Gründen als Nietzsche. Die junghegelianische Position, die Philosophie als abgeschlossen zu betrachten, so dass sie nur noch als Kritik der Wirklichkeit und als Praxis zu betrachten ist, hat sich bei Marx erhalten. Kritik hat in der Theorie bei Marx die praktische Funktion, Widersprüche aufzudecken. „Kritik als Kritik“, ist die, die „das Bestehende an der Idee“ misst (Marx 1976: 257).

Damit eröffnet Marx einen zweiten, diesmal rein theoretischen Weg der Kritik, nämlich den der immanenten Kritik. In Marx Werk wird diese Figur bekanntermaßen auf die bürgerliche Gesellschaft angewendet: Ihre Ideale und Versprechen – Freiheit, Gleichheit und Wohlstand – werden laufend mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit konfrontiert, und aus der Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit zieht das Marx'sche Programm seine Attraktivität. Denn es ist der klaffende Widerspruch zwischen Idee und Wirklichkeit der Gesellschaft von dem die Kritik lebt. Im Programm der „Deutschen Ideologie“ von 1845/46 ist damit vor allem Herrschaftskritik gemeint. Denn jede gesellschaftliche Gruppe, die die Macht erobere, müsse ihr Interesse als das gemeinschaftliche Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft ausgeben und ihren Gedanken die Form der Allgemeinheit geben (Marx/Engels 1958: 47). In Wahrheit jedoch seien die herrschenden Gedanken die Gedanken der Herrschenden, und deshalb müsse eine kritische Position die Produktion und die Produzenten der Gedanken in den Blick nehmen. Marx überführt damit die Historisierung der Vernunft, ihr im 19. Jahrhundert erlittenes Schicksal, schon in eine Soziologisierung. Zwar ist die Gesellschaft nicht vernünftig, aber die Reflexivität der Vernunft kann sich auf sich selbst richten, und sie kann ihre Gesellschaftlichkeit reflektieren. Das ist ihr Auftrag zur Kritik.

3.4 Max Weber: Kampf der Werte

Eine direkte Anknüpfung an Nietzsches, dem Wissenschaftsbetrieb gegenüber skeptische Positionen findet sich bei Max Weber. Mit Nietzsche teilt Weber nicht nur die Zweifel gegenüber der Fortschrittsidee, sondern auch die Ablehnung aller geschichtsphilosophischer Konstruktionen (vgl. Mommsen 1974: 100). Auch für Weber gilt die Relativität der Werte und der Glaube an „le caractère indépassable des antinomies qui définissent la condition historique“ (Raynaud 1987: 207f.). Es gibt auch bei Weber keinen übergeordneten Maßstab mehr, entlang dessen Geschichte und Politik erzählt oder bewertet werden könnten, sondern auch die Wissenschaftler konstruieren Geschichte entlang ihrer Werte (Weber 1988: 259). Die Geschichtswissenschaft wie die Soziologie sollen Informationen liefern, die Auswahl und die Interpretation ist freilich von den Werten der die geschichtliche Überlieferung oder die soziale Gegenwart betrachtenden Personen abhängig.

Mit diesem Bekenntnis zum unausweichlichen Wertbezug der konkreten wissenschaftlichen Person geht Webers Bekenntnis zur Forderung nach der Trennung von Feststellung und Bewertung einher. Die berühmte „Werturteilsfreiheit“ gilt als Forderung für den Wissenschaftler, solange er sich im akademischen Raum bewegt (vgl. Käsler 1979: 190). Wissenschaft ist „fachlich betriebener Beruf“ und spendet keine Heilsgüter (Weber 1988: 609).

Doch auch bei Weber ist Wissenschaft gesellschaftlich eingebettet. Der „Kampf der Werte“ (Weber 1988: 507) – ganz nietzscheanisch formuliert – tobt in der Gesellschaft. Allein, die Wissenschaft kann ihn nicht entscheiden, weil sich diese Werte historisch wandeln. Für den Wissenschaftler resultieren daraus zwei pragmatische Konsequenzen. Einerseits sind die Wertbezüge der eigenen Arbeit offenzulegen und kenntlich zu machen, und andererseits verlangt Weber dem Wissenschaftler ab, den je „eigenen Dämon“ zu finden und ihm zu gehorchen (Weber 1988: 613).

Kritik gilt dieser Konzeption nach zunächst jenen, die sich an diese Regeln nicht halten, sondern das akademische Publikum mit ihren bloß privaten politischen Auffassungen bedrängen. Deshalb ist die „Professoren-Prophetie“ von „staatlich beglaubigten Propheten“ Weber „ganz und gar unerträglich“ (Weber 1988: 492). Innerwissenschaftliche Kritik aber bezieht sich auch auf Fragen der Tatsachenfeststellung und -interpretation. Ob die Feststellung eines Zusammenhangs tatsächlich sinnadäquat und kausaladäquat ist, wird in der wissenschaftlichen Diskussion entschieden. Der Streit der Werte aber ist Politik und ist deshalb aus der Wissenschaft herauszuhalten: „Politik gehört nicht in den Hörsaal“ (Weber 1988: 600).

Webers Position ist widersprüchlich. Über den Kampf der Werte, der sich in den am wissenschaftlichen Diskurs beteiligten Einzelpersonen manifestiert, erhält die Differenz zwischen politischen Haltungen – und damit das Normative – doch wieder Einzug in die Wissenschaft. Dies gilt jedenfalls solange, wie die Beteiligten die Auseinandersetzung suchen und sich nicht in ihre je subjektive Weltbetrachtung zurückziehen. Dieser Ausweg ist aber nach Weber ausgeschlossen, denn der Wahrheitsanspruch stellt diese Auseinandersetzung her: „Denn wissenschaftliche Wahrheit ist nur, was für alle gelten will, die Wahrheit wollen“ (Weber 1988: 184, Her-

vorh. i. Orig.). Über den geteilten Wahrheitsanspruch, verstanden als das Verlangen nach gegenseitiger Anerkennung, wird das Personal der Wissenschaft vergesellschaftet. In der Konsequenz gerät Weber damit in eine Paradoxie – die Politik soll aus der Wissenschaft herausgehalten werden, aber über die Menschen gerät sie wieder hinein. Webers Wissenschaftsauffassung ist damit selbstkritisch, aber zugleich unsoziologisch, denn eine Soziologisierung der Wissenschaft als Vernunftprojekt entwickelt Weber nicht.

Weil Weber an eine Ableitung praktisch bedeutsamer Prinzipien aus der Logik der Wissenschaft nicht glaubt (Weber 1988: 153), liefert er auch keine Antwort auf die Frage nach der Möglichkeit der Kritik. Die Norm der Werturteilsfreiheit, neukantianisch aus der Differenz von Sein und Sollen begründet, mag brauchbare Regeln abgeben, um das wissenschaftsfremde „Politisieren“ im Hörsaal einzudämmen. Sie ermöglicht vielleicht sogar erst ungefährdete Wissenschaft in einem funktional differenzierten Kontext. Eine theoretische Antwort auf die Frage nach der Möglichkeit von Kritik aber bietet sie nicht. Die Wissenschaft bleibt über ihr Personal unauflöslich mit den politischen und sozialen Kämpfen ihrer Zeit verstrickt, eine Befreiung daraus ist aus Webers Sicht nicht möglich. Einzig die stetige Selbstkontrolle der Wissenschaft kann ihre Politisierung eindämmen.

3.5 Kritische Theorie: Kritik aus der Idee der Emanzipation

An der Unausweichlichkeit der gesellschaftlichen Einbindung der Wissenschaft hat die Schule festgehalten, die den Namen der Kritik zum Signum gewählt hat. Schon dem Begriff der Theorie drohe die Verdinglichung, wenn der Zusammenhang mit gesellschaftlichen Prozessen außer Acht gelassen würde (Horkheimer 1970 [1937]: 17). Diese gesellschaftliche Einbindung betreffe nicht nur die soziale Strukturierung des wissenschaftlichen Prozesses selbst, sondern auch die über die Wissenschaft hinausweisenden Verbindungen mit der Gesellschaft. Denn nicht nur in der Wissenschaft würden Hypothesen am Material getestet, sondern auch „in den Fabriksälen der großen Industrie“ (Horkheimer 1970: 18).

Eben diese Vermitteltheit der Wissenschaft mit der sie umgebenden und sie durchdringenden gesellschaftlichen Wirklichkeit führt die Kritische Theorie zur Ablehnung der Weberschen Postulate. Der Wissenschaftler mag an „ein unabhängiges ‚suprasoziales‘, freischwebendes Wissen glauben“. An seiner wirklichen Rolle ändert dies nichts:

„Der Gelehrte und seine Wissenschaft sind in den gesellschaftlichen Apparat eingespannt, ihre Leistung ist ein Moment der Selbsterhaltung, der fortwährenden Reproduktion des Bestehenden, gleichviel, was sie sich selbst für einen Reim darauf machen“ (Horkheimer 1970: 19).

Die Auffassung, die Rolle des Wissenschaftlers wäre es, nur Tatsachen in Ordnungsschemata einzufügen und diese Ordnung so instand zu halten, dass alle sich

ihrer bedienen könnten, ist für die Kritische Theorie ein nicht hinreichend reflektiertes Selbstverständnis. In der Einbindung in die gesellschaftliche Arbeitsteilung endet die Gesellschaftlichkeit der Wissenschaft jedoch nicht. Gerade die „Tatsachen“ der Sozialwissenschaften seien in doppelter Weise präfiguriert durch die Gesellschaft, einerseits durch den „geschichtlichen Charakter des wahrgenommenen Gegenstands“ und andererseits durch „den geschichtlichen Charakter des wahrnehmenden Organs“ (Horkheimer 1970: 22). Eine kritische Wissenschaft muss, so die Forderung der Kritischen Theorie, beides methodisch berücksichtigen und in ihrer Theorie aufbewahren. Die Kritische Theorie sieht sich dabei in direkter Tradition der Kantischen These von der Präfiguration der Wahrnehmung, nur diesmal in soziologischer Gestalt. Eine gesellschaftliche Neutralität ist deshalb aus Sicht der Kritischen Theorie nicht erreicht und auch nicht einfach erreichbar, Objektivität ist nicht möglich:

„Auch das denkende Subjekt ist nicht der Ort, an dem Wissen und Gegenstand zusammenfallen, von dem aus daher ein absolutes Wissen zu gewinnen wäre. Dieser Schein, in dem seit Descartes der Idealismus lebt, ist Ideologie im strengen Sinn. Die beschränkte Freiheit des bürgerlichen Individuums erscheint in der Gestalt vollendeter Freiheit und Autonomie. Aber das Ich, ob es sich nun bloß als denkendes oder auch in anderer Weise betätigt, ist in einer undurchsichtigen, bewusstlosen Gesellschaft auch seiner selbst nicht gewiß. Im Denken über den Menschen klaffen Subjekt und Objekt auseinander; ihre Identität liegt in der Zukunft und nicht in der Gegenwart“ (Horkheimer 1970: 31).

Aus dieser Perspektive ist dann die Wahl eines wissenschaftlichen wie politischen Standpunkts auch keine freie mehr, sondern von gesellschaftlichen Verhältnissen präfiguriert und allenfalls innerhalb von Grenzen möglich. Die eigene Verunsicherung überträgt sich auch auf die Wahrnehmung der Umwelt und ihrer Anforderungen. Entsprechend müssen gesellschaftliche und politische Forderungen an die Wissenschaft beim „kritischen Verhalten“⁵ auf Skepsis stoßen:

„Die Kategorien des Besseren, Nützlichen, Zweckmäßigen, Produktiven, Wertvollen, wie sie in dieser Ordnung gelten, sind ihm vielmehr selbst verdächtig und keineswegs außerwissenschaftliche Voraussetzungen, mit denen es nicht zu schaffen hat“ (Horkheimer 1970: 26).

Kritik erscheint hier also als Distanzierung aus der Einsicht in die Gesellschaftlichkeit des Betriebes, aber auch der Kategorien der wissenschaftlichen Rationalität. Gegen diese Fassung der Kritik durch die „Kritische Theorie“ ließe sich einwenden, dass sie nach wie vor auf einer Entscheidung beruht. Ihre Begründungen leiten sich nicht transhistorisch und bedingungslos her, sondern sind – sehr selbstbewusst – einer historischen Konstellation geschuldet. Man kann zwar auch – in Horkheimers Redeweise – „ideologisch“ bleiben, und an die strikte Trennung von Wissenschaft

5 Mit dieser Chiffre kennzeichnet Horkheimer das explizit in Marx'scher Tradition stehende Programm (Horkheimer 1970: 27 Fn).

und Gesellschaft glauben. Die Lehre aus den Überlegungen der Kritischen Theorie ist aber, dass ein Nicht-Verhalten zu diesen Fragen nicht mehr möglich ist. Wissenschaft, die ihr Verhältnis zur Gesellschaft und zu Politik nicht reflektiert und nicht versucht, ihre Rolle und Position darin zu bestimmen, fällt hinter diese Standards zurück. Sie kann sich dem Vorwurf, positivistisch zu sein, die Dinge so zu nehmen, wie sie zu sein scheinen, nicht entziehen.

3.6 Foucault: Kritik als autonome Praxis

Gegen alle Erwartung hat Michel Foucault bei seiner Beantwortung der Frage nach der Kritik explizit an die Kantische Antwort auf die Frage nach der Kritik angeknüpft. Aufklärung zielt auf Autonomie, auf Selbstbestimmung des Standorts, Selbstbestimmung der Bewertung und des Gesetzes. Die Forderung nach Autonomie, die bei Kant auf die Frage „Was ist Aufklärung?“ erhoben wird, formuliert Foucault um in den Impuls, sich „nicht regieren lassen zu wollen“ (Foucault 1992: 16). Das Recht, sich seinen eigenen Standpunkt zu wählen, sieht Foucault als das große Erbe der Kantischen Philosophie an. Über die Aufklärung aber gebe es nicht nur Positives zu berichten.

Wir leben, so Foucault, immer noch in dieser Epoche. Die Ideale der Aufklärung hätten in der bürgerlichen Welt, die die unsere sei, nach wie vor Legitimität, und unsere Epoche habe all die Insignien, die, so Foucault, die Agenda der Aufklärung bildeten: rationalen Kapitalismus, bürgerliche Ordnung, rationale Staatlichkeit und moderne Wissenschaft. Für Foucault hat sich in diesen Institutionen und Komplexen das Programm der Aufklärung realisiert. Es ist in seinen Augen die westliche Rationalität, die zuerst als bürgerlicher Gegenentwurf zum *ancien régime* formuliert wurde, um sich später als Realität der bürgerlichen Ordnung auszuprägen.

Die Frage „Was ist Aufklärung?“ ist deshalb nicht nur eine Frage nach der Deutung einer abgeschlossenen Debatte, und auch nicht eine nach einer moralischen Haltung, sondern eine nach der Analytik der Gegenwart. Dieses Fragen ist auch die Absicht dessen, was Foucault als „historisch-philosophische Praxis“ vorschlägt (Foucault 1992: 27ff.). Kritik oder kritische Sozialwissenschaft ist nach diesem Verständnis die Offenlegung der Beziehungen zwischen Macht, Wahrheit und Subjekt. Foucaults Blick richtet sich auf Konstellationen, auf Figurationen des Denkens, die sich als Antworten auf diese Frage unterscheiden lassen. Ein Zug unserer geistigen Formation ist die Subjektivierung, die Formierung von Individuen und ihre Disziplinierung, das „asujettissement“ (vgl. Rose 1996) – also die Identität von Subjektformung und Unterwerfung.

Forschungspraktisch richtet sich dieser kritische Blick der Sozialwissenschaften auf Macht-Wissens-Komplexe, in denen sich Machtregelsysteme und Wissensordnungen gegenseitig stützen und konstituieren (Foucault 1992: 32ff.). An Foucaults klassischen Studien zur Geschichte der Medizin und der Kliniken, zur Kriminologie und zur Strafjustiz wird das Gemeinte anschaulich. Die selbstkritische Betrachtung der Wissenschaft muss, so Foucault, auf den Zusammenhang von Wissen und Macht

gerichtet sein: Was sind die Machteffekte der produzierten Erkenntnis? (Foucault 1992: 36).

In dieser selbstreflexiven Wendung schmiegt sich Foucault an die Forderung der Kritischen Theorie an. Mit ihr teilt er die grundlegende Schwierigkeit: Die Effekte des eigenen Wirkens lassen sich nicht vorhersehen. Es braucht wahrscheinlich jahrzehntelanger Erfahrung, um diese Wirkungen in sich stetig wandelnden Konstellationen mit einiger Wahrscheinlichkeit abschätzen zu können. Auch Foucaults Geschichte der Formen der Gouvernamentalität ist erst im Rückblick möglich geworden (vgl. Foucault 2004, 2; 427-430).

Wissenschaft ist immer gesellschaftlich „verstrickt“, soviel lässt sich selbst nach einem groben Überblick über einige Referenzautoren sagen. Die Anforderung, diese Verstrickung zu bedenken und zu diskutieren, um sie eingrenzen zu können, ergibt sich schon aus dem Verständnis von Wissenschaft, die selbst über sich aufgeklärt sein will. Es ist, wie im Folgenden gezeigt werden soll, Teil der Forderung nach Autonomie, die als regulative Idee für jede Wissenschaft konstitutiv ist. Die Forderung nach Öffentlichkeit, um die es dabei auch noch gehen soll, ist eine Stütze dieser Funktionalität.

4. Die Orte der Kritik

Die von Marx entwickelte und von der Kritischen Theorie bewahrte Figur der immanenten Kritik ist vielleicht die einzige theoretische Begründung der Kritik jenseits der Forderung nach Autonomie, die einer wissenschaftlichen Prüfung standhält. Dass sie als einfache Formel besticht – die Gesellschaft, die Politik beim Wort zu nehmen – liegt wohl weniger am theoretischen Raffinement als an der Widersprüchlichkeit der Gegenwart selbst. Die Einsicht in die Gesellschaftlichkeit der Wissenschaft verlagert die Funktion der Kritik aber in die Wissenschaft zurück: Die Wirklichkeit der Wissenschaft an ihrem Begriff zu messen – die Forderung nach immanenter Kritik – betrifft die Wissenschaft zunächst selbst, aber sie weist auch über sie hinaus: Interne Kritik, die Selbstbefragung der wissenschaftlichen Vernunft ist – in der neuzeitlichen Tradition – nicht nur ein Kernmerkmal von Wissenschaft, sondern vielleicht von Rationalität überhaupt.

Diese Selbstbezüglichkeit der wissenschaftlichen Kritik lässt sich in den hier behandelten Standpunkten gleichsam als Konstante beobachten. Nicht schon bei Kant, aber bei allen Späteren wird die Einsicht in die Gesellschaftlichkeit der Wissenschaft zur Legitimation der Kritik als innerwissenschaftliches Geschäft. Trotz aller expliziten oder impliziten Distanzierung zeigen doch alle der hier genannten Autoren den Impuls der Aufklärung, über die Selbstverständigung der Vernunft als (Kantisches) „Vermögen“ zu einer Verbesserung der gesellschaftlichen Wirklichkeit beizutragen oder diese doch denkerisch zu antizipieren.

Die vorstehenden Ausführungen sind freilich nicht mehr als eine Auswahl aus einem langen Diskurs und einer langen Geschichte der Versuche, der Kritik einen theoretischen Ort zu geben. Auf die Frage nach diesem Ort konnte keine erschöp-

fende Antwort gegeben werden. Die Notwendigkeit der Kritik ergibt sich aber durch die gesellschaftliche Eingebundenheit der Wissenschaft. *Die Notwendigkeit von Kritik resultiert* – in der Sicht der hier kursorisch diskutierten Autoren – *aus dem gesellschaftlichen Charakter von Wissenschaft*. Weil die Wissenschaft Teil der Gesellschaft ist, bleibt die Behauptung ihrer Ansprüche immer auf die kritische Diskussion der in sie hineinragenden und sie durchziehenden sozialen und politischen Einstellungen angewiesen. Die Frage, ob Wissenschaft auch die Politik außerhalb ihrer selbst kritisieren soll und mit welcher Berechtigung, ist damit indes nicht beantwortet. Für diese Frage nach dem Verhältnis von Politik und Wissenschaft mögen sich dennoch einige Leitgedanken ergeben, die sich jeweils als „Lehre“ aus den unterschiedlichen theoretischen Versuchen destillieren lassen.

4.1 Bedingungen der Kritik

Reinhardt Koselleck (1973: 50 et passim) hat darauf hingewiesen, dass das Projekt der Kritik, der Aufklärung überhaupt, immer eingebettet war in eine konkrete soziale und politische Konstellation, in der es nicht nur um Macht, sondern auch um Geld ging, etwa um Verluste bürgerlicher Financiers durch königliche Entscheidungen. Jenseits solcher konkreten Kämpfe ist Kritik auch heute an einen sozialen und politischen Resonanzboden gebunden, ohne den sie weder Wirkung entfalten kann und ohne den sie auch innerhalb der Wissenschaft nur wenig Akzeptanz finden dürfte. „Leere Kritik“, also solche, die sich ohne außerwissenschaftliche Anschlüsse oder Bezug zu höheren Prinzipien an bestimmten Aussagen entzündet, dürfte auch innerhalb der Wissenschaften häufig ohne Anschlüsse bleiben.

Nun wäre es aber auch unangemessen, für jede Kritik eine Art soziale Trägergruppe aufspüren zu wollen, in deren projektiertem Interesse die jeweilige Kritik läge, damit sie innerwissenschaftliche Akzeptanz finden kann. Der in den Internationalen Beziehungen gängige Verweis auf „real world problems“ aber transportiert nichts anderes als das Bedürfnis, dass sich in den Sozialwissenschaften die Relevanz einer Frage und einer Forschung an irgendwie feststellbaren außerwissenschaftlichen Problemlagen zu entscheiden habe. Doch wie sich diese Relevanz tatsächlich und methodisch, d.h. regelhaft feststellen lassen können soll, ist eine vollkommen offene Frage. Statt hier nach einer dogmatischen Antwort zu suchen, ist es sinnvoller, die Subjektivität von Problemlagen in Rechnung zu stellen, denn des einen Problem ist bekanntlich des anderen Lösung. Von wessen Problemen die Rede sein sollte, ist also immer die zuerst zu beantwortende Frage. Dass es immer die Probleme von Regierungen sein sollten, ist keineswegs ausgemacht.⁶

6 Und es wirft auch ein schiefes Licht auf die deutsche Politikwissenschaft, dass sie zwar landauf, landab Lehrstühle, Schulen und Zentren fürs „Regieren“ schafft, aber darüber die Opposition ganz vergessen hat.

Diese Distanzierung lässt sich aus mehreren Standpunkten vertreten. Richard Rortys Haltung der „liberalen Ironie“ (Rorty 1989: 14ff.) etwa beruht darauf, den je eigenen Standpunkt als kontingent zu betrachten und die opferreichen Versuche aufzugeben, metaphysisch begründete Ordnungen herzustellen. Nach Dewey, Heidegger und Wittgenstein sei der Glaube an ein „zeitloses neutrales Bezugssystem“ (Rorty 1981: 18) hinfällig geworden. Aus dieser ironischen Distanz ergibt sich die kritische Haltung gegenüber amtlichen Begehren an die Wissenschaft von selbst.⁷ Für die Relevanz eines Themas, einer Fragestellung gibt es keine der Wissenschaft äußeren Maßstäbe, und sie lassen sich auch innerhalb der Wissenschaft nicht dekretieren. Die Voraussetzung für diese „Freiheit der Feder“ ist indes eine Autonomie, die immer unvollendet bleiben muss.

4.2 Die notwendige und unvollendete Autonomie

Jede Politik, die nicht mit der Aufklärung brechen will, bleibt an zwei Kantische Imperative gebunden: Sie muss die Freiheit der Feder gewährleisten, und sie muss Kritik der Regierung ermöglichen. Umgekehrt verlangt Kant von der Wissenschaft, auf eine Mission der Politisierung zu verzichten.

„Wenn Regierungen sich ja mit Angelegenheiten der Gelehrten zu befassen gut finden, so würde es ihrer weisen Fürsorge für Wissenschaften sowohl als Menschen weit gemäßer sein, die Freiheit einer solchen Kritik zu begünstigen, wodurch die Vernunftbearbeitungen allein auf einen festen Fuß gebracht werden können, als den lächerlichen Despotismus der Schulen zu unterstützen, welche über öffentliche Gefahr ein lautes Geschrei erheben, wenn man ihre Spinnewege zerreißt, von denen doch das Publikum niemals Notiz genommen hat, und deren Verlust es also auch nie fühlen kann“ (Kant 1956: B XXXV).

Auch in den Demokratien der Gegenwart ist diese Kritik nicht überflüssig geworden. Die Kritik der Wissenschaft und ihre Voraussetzung, die Autonomie der Wissenschaft, sind selbst Bestandteile einer demokratischen Ordnung, sie sind eine ihrer Errungenschaften, keine überwundene Stufe. Ihre Bewahrung bedarf steter Aufmerksamkeit in mehreren Hinsichten:

Es ist ganz allgemein gute Kantische Tradition, auf der Autonomie von Wissenschaft zu beharren und die Berührungsflächen von Politik und Wissenschaft scharf zu beobachten. Es wäre unsinnig, würde sich die Wissenschaft ein Kontaktverbot aussprechen. Aber die Maßstäbe für die Wissenschaft müssen in dieser entwickelt werden und können sich nicht nach politischen Vorgaben richten. Politische Erfordernisse können und sollen als Anregungen in den Prozess der Selbstverständigung

7 Den Hinweis auf Rortys Argumente verdanke ich Gunther Hellmann. Die Position Rortys entkommt freilich nicht dem Paradox, dass sie Vernunftphilosophie mit Argumenten der Vernunftphilosophie ablehnt.

der Wissenschaft eingehen. Aber wenn die Forderungen und Bedürfnisse von politischen Akteuren mehr sein wollen, dann gefährden sie die Autonomie der Wissenschaft und verwandeln sie in eine Betriebswirtschaftslehre des Regierens. Der Begriff der Wissenschaft ist ohne die Forderung nach Autonomie leer.

Die Forderung nach Autonomie stößt jedoch schnell an reale Grenzen. Denn faktisch sind Wissenschaft und Politik auf vielfache Weise miteinander verbunden. Elementar ist zunächst der Zusammenhang, der sich über Budgetentscheidungen herstellt, die für eine öffentliche Wissenschaftsfinanzierung grundlegende Bedingung und Beschränkung darstellen. Analog zu Webers Unterscheidung von „Leben für die Politik“ und „Leben von der Politik“ stellen sich in der Wissenschaft durch die öffentliche Finanzierung und die Abhängigkeit von Karrieren von dieser Finanzierung ganz ähnliche Sachzwänge ein, die auf den einzelnen wie auf der Veranstaltung als Ganzer lasten.

Schon personell sind in den meisten Ländern Politik und Politikwissenschaft eng miteinander verbunden. In Beiräten und in Kooperationsprojekten formieren sich enge Bande zwischen staatlichen Agenturen und akademischen Belangen. Parteitäter und -mitgliedschaften sind zugleich Zement und Anathema dieser Zusammenhänge. Beide sind für die Autonomie der Wissenschaften ein konstantes Risiko, denn sie wirken in Richtung der Tendenz, den kritischen Auftrag zu vergessen und die wissenschaftliche Forschung in eine akademisch und hölzern klingende Begleitmusik der Arbeit regierender Bürokratien zu verwandeln.

Andere Gründe, die der Autonomie entgegenstehen, liegen in dem von Nietzsche und Weber vielleicht am klarsten herausgestellten Betriebscharakter der Wissenschaft. Lehrpläne und Curricula, Personalknappheit und Koordinationsprobleme machen Einschränkungen der inhaltlichen Beschäftigung nötig, die sich nicht nur auf finanzielle Gründe reduzieren lassen. Die Organisation der Wissenschaft in Disziplinen prämiert Konformität der Themen mit den etablierten Standards. Politik in all ihren Formen existiert eben auch in den Wissenschaften selbst.

Schließlich sind Universitäten und Forschungseinrichtungen – wenigstens in Deutschland – fast immer staatliche Einrichtungen. Als solche unterliegen sie politischen Entscheidungen von Außen und treffen selbst welche in ihrem Innern. Politik kommt in der Politikwissenschaft aber auch schon in dem einfachen Sinn vor, dass die vermeintlich theoriefreien „Tatsachen“ häufig genug von Staaten produziert sind. Die Statistik der öffentlichen Verwaltung und der internationalen Organisationen liefert ein politisch präfiguriertes Bild der gesellschaftlichen Wirklichkeit (Bourdieu 2001: 77). Die Kritik der Politik kann die Wissenschaft deshalb vor allem schon an sich selbst leisten: Statt sich auf die Sprache des Staates zu verlassen, würde ihre kritische Autonomie voraussetzen, dass sich die Wissenschaft um eine von staatlichen Instanzen unabhängige Erfahrung bemüht, um Beobachtungen in einer eigenen, wissenschaftlichen Sprache.

4.3 Die Politikwissenschaft in der Öffentlichkeit und die Öffentlichkeit in der Politikwissenschaft

Über die gesellschaftlichen Wirkungen der eigenen Tätigkeit nachzudenken, ist nicht nur eine gefällige Forderung, die sich aus den programmatischen Schriften Horkheimers oder Foucaults ableiten lässt, sondern führt auch in unbekannte Sphären. Ähnlich wie technische Disziplinen haben auch die „Menschenwissenschaften“ (Norbert Elias) gesellschaftliche und politische Konsequenzen, die sich nicht restlos abschätzen lassen. Die Teilnahme an Diskursen wird ihre Wirkung haben, doch welche das jeweils ist, entzieht sich den Teilnehmern.

Das gilt zumal, wenn die wissenschaftliche Beratung ohne Kenntnis der Öffentlichkeit stattfindet. Das Geheimnis der „Beratung“ ist ja nicht nur, dass gar nicht bekannt wird, wer wen in welcher Angelegenheit berät, sondern es besteht auch darin, dass über die Verwendungen und Wirkungen des Gesagten und Geschriebenen in der Regel kein Aufschluss hergestellt wird, weder in der Öffentlichkeit noch unter den Beteiligten selbst. Die „Machteffekte“, von denen Foucault schrieb, sind ebenso sicher wie unbekannt.

Ein anderes unabgegoltenes Erbe der Aufklärung ist deshalb die Forderung nach „Öffentlichkeit“ als Voraussetzung der Kritik. Dies lässt sich wenigstens in zweierlei Richtung lesen, nämlich einerseits als Forderung, die Arbeit der Wissenschaft öffentlich zugänglich zu machen, und andererseits als Forderung, die Wissenschaft möge sich an den Diskussionen der „Öffentlichkeit“ beteiligen. Beide Forderungen sind dem Prinzip der Kritik vorgelagert, denn ihre Erfüllung schafft erst die Bedingungen der Möglichkeit von Kritik.

Was aber ist überhaupt Öffentlichkeit? Bei näherer Betrachtung erweist sich dieser Begriff als ebenso schwierig zu fassen, wie die Leitbegriffe der Demokratie, des Friedens und der Entwicklung. Mutmaßlich bewegen sich Sozialwissenschaftler höchstens am Rande dessen, was Jürgen Habermas (1962: 291) einst die „demonstrativ oder manipulativ entfaltete Publizität“ nennt, also die Werbung und die „Public Relations“. Eher schon gehören ihre Beiträge in der „Zirkulationssphäre einer quasi-öffentlichen Meinung“ von formellen Meinungen, die auf Institutionen beruhen und in der Gestalt „von Verlautbarungen, Bekanntmachungen, Erklärungen, Reden, usw.“ sich „über die Masse der Bevölkerung hinweg“ bewegen, ohne „wechselseitige Korrespondenz mit der nichtorganisierten Masse des ‚Publikums‘“ zu erreichen (Habermas 1962: 290f.). Das symbolische Kapital, das dem Wissenschaftler anhaftet, der sich zu einem Thema äußert, hierarchisiert die Kommunikation ebenso wie es das Amt eines anderen Meinungsäußerers tut. Dem Kantischen Anspruch genügen würde nur eine „kritische Publizität“, in der die wechselseitige Korrespondenz möglich ist. Heute aber findet Öffentlichkeit nur innerhalb und durch Organisationen statt. Hierarchien zwischen Diskutierenden sind organisationell vorgeprägt, Themen und Agenden hängen mit Organisationszwecken zusammen. Noch bei öffentlichen Veranstaltungen zeigen der Höhenunterschied zwischen Podium und Publikum und die Redeordnung die Machtbarrieren.

Ein Ausweg aus diesem Mangel an Öffentlichkeit scheint die Mitwirkung der Wissenschaft an der Öffentlichkeit der Massenmedien zu sein. Doch die Teilnahme von Wissenschaftlern am massenmedialen Diskurs ist nicht ohne Risiken für die Autonomie der Wissenschaft: Das journalistische Feld gehorcht einer anderen Gesetzlichkeit als das der Politik und das der Wissenschaft. Wissenschaft, die im Journalismus auftritt, muss sich den Gesetzen dieses Feldes unterordnen oder wenigstens anpassen, und das bleibt nicht ohne Konsequenzen für die Wissenschaft selbst. Die Teilnahme von Wissenschaftlern am medialen Diskurs, vor allem des Mediums Fernsehen, ist deshalb auch keine bloß persönliche Entscheidung einzelner Wissenschaftler. Sondern die Teilnahme eines Akteurs an dem Spiel des anderen Feldes – hier eines Wissenschaftlers am Spiel des Journalismus – verändert auch die relativen Positionen der anderen Akteure im Ursprungsfeld. Diese Verlagerungen bedrohen Bourdieu zufolge die Autonomie der Wissenschaften (Bourdieu 1996: 70 et passim), weil sie früher oder später dazu führen, dass wissenschaftsfremde Maßstäbe für die Beurteilung von Wissenschaft relevant werden. Forschungen oder theoretische Beiträge, die weniger medial wirksam vermittelt werden, verlieren an Ansehen und Beachtung auch innerhalb der Wissenschaften. Die „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ (Franck 1998) aber ist innerhalb der Wissenschaften ohnehin schon am Werk und überlagert die Rationalität des wissenschaftlichen Diskurses. Sie bedarf keiner gesonderten Verstärkung.

Nur Forschungen, die zugänglich und bekannt sind, erlauben überhaupt innerwie außerwissenschaftliche Kritik, und nur solche, die die Öffentlichkeit suchen, nehmen in Regel überhaupt einen kritischen Einfluss auf öffentliche Auseinandersetzungen. Dem Selbstverständnis der Wissenschaft nach dienen Veröffentlichungen diesen Zwecken. Faktisch sind auch sie nicht unberührt von Fragen der Macht und des Gewichts. Der zunehmende Druck der Bewertung und Evaluierung äußert sich innerwissenschaftlich in Qualifizierungen dieser Beiträge, wobei die Maßstäbe dieser Maßnahmen wiederum heftig umstritten sind. In einem späten Werk zur Wissenschaftssoziologie charakterisiert Bourdieu die Wissenschaft deshalb selbst als „Kampffeld“ (Bourdieu 2001: 72). Die Wissenschaft sei nicht homogen, auch arbeiteten nicht alle an derselben Sache, sondern in ihr finde „der Kampf um das Monopol der legitimen Manipulation wissenschaftlicher Güter“ (Bourdieu 2001: 92) statt. Auch in der Wissenschaft gebe es Herrscher und Beherrschte, die im Machtfeld um wissenschaftliches Kapital als Sonderform symbolischen Kapitals konkurrierten (Bourdieu 2001: 67). Doch von der Soziologie des eigenen Feldes sei nie die Rede, über das Eigentliche wird nur noch privat gesprochen. Die Hierarchie der Institutionen, die Rolle persönlicher Beziehungen und schließlich der Forscher als Person seien Anathemen der Wissenschaft (Bourdieu 2001: 50).⁸

8 Wie schwierig die Selbstbeobachtung für wissenschaftliche Disziplinen ist, kann man an Darstellungen der Politikwissenschaft von Politikwissenschaftlern erkennen. Darin erscheint der Konflikt, der zur Spaltung des Berufsverbandes führte, als „theorieverbrämte(r) Politikstreit“ (Bleek 2001: 362), oder es heißt lapidar „1983 kommt es zu einer Abspaltung“ (Münkler 2003: 39).

Bourdieu Appell, „die Subjekte der Objektivierung zu objektivieren“ (2001: 173-183), radikalisiert das Geschäft der Kritik noch einmal. Wissenschaftler hätten sich auch nach ihrem eigenen „global-sozialen Ort“ zu fragen, nach ihren Zugehörigkeiten und Interessen. Das Selbstverständnis der Wissenschaftler, darüber keine Illusionen zu haben, sei, so Bourdieu mit Verweis auf Haskell (1984), die größte Illusion.

Literatur

- Alemann, Ulrich von/Fornran, Erhard* 1985: Methodik der Politikwissenschaft. Eine Einführung in die Arbeitstechnik und Forschungspraxis, Stuttgart.
- Badie, Bertrand/Smouts, Marie-Claude* 1995: Le retournement du monde. Sociologie de la scène internationale, Paris.
- Bayart, Jean-François* 2004: Le gouvernement du monde. Une critique politique de la globalisation, Paris.
- Bleek, Wilhelm* 2001: Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München.
- Boltanski, Luc/Thévenot, Laurent* 1991: De la justification. Les économies de la grandeur, Paris.
- Bourdieu, Pierre* 1996: Sur la télévision (suivi de L'emprise du journalisme), Paris.
- Bourdieu, Pierre* 2001: Science de la science et réflexivité, Paris.
- Bourdieu, Pierre* 2002: Pierre Bourdieu. Ein soziologischer Selbstversuch, Frankfurt a. M..
- Burchill, Scott/Linklater, Andrew* (Hrsg.) 1996: Theories of International Relations, London.
- Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A.* (Hrsg.) 2002: Handbook of International Relations, London.
- Chawaszca, Christine/Kersting, Wolfgang* (Hrsg.) 1998: Politische Philosophie der internationalen Beziehungen, Frankfurt a. M..
- Devetak, Richard* 1996: Critical Theory, in: Burchill, Scott/Linklater, Andrew (Hrsg.), Theories of International Relations, New York, 145-178.
- Fach, Wolfgang/Simonis, Georg* 2000: Die Welt des Autors. Eine Polemik, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 7: 2, 385-398.
- Feldman, Gerald D.* 1987: The Politics of Wissenschaftspolitik in Weimar Germany: A Prelude to the Dilemmas of Twentieth-Century Science Policy, in: Mayer, Charles (Hrsg.), Changing Boundaries of the Political, Cambridge, 255-285.
- Fleck, Ludwik* 1993: Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv, (zuerst 1935), Basel.

- Foucault, Michel* 1992: Was ist Kritik? Berlin.
- Foucault, Michel* 2004: Geschichte der Gouvernementalität. Vorlesungen am Collège de France 1978/79, 2 Bde., Frankfurt a. M..
- Franck, Georg* 1998: Ökonomie der Aufmerksamkeit: Ein Entwurf, München.
- Gadamer, Hans-Georg* 1993: Begriffsgeschichte als Philosophie, in: Gesammelte Werke, Bd.2: Wahrheit und Methode, (zuerst 1970), Tübingen, 77-91.
- Habermas, Jürgen* 1962: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Darmstadt und Neuwied.
- Habermas, Jürgen* 1988: Erkenntnis und Interesse, (zuerst 1973), Frankfurt a. M..
- Halliday, Fred* 1994: Rethinking International Relations, London.
- Haskell, Thomas L.* 1984: Professionalism versus Capitalism: R.H. Tawney, E. Durkheim, and C.S. Peirce on the Disinterestedness of Professional Communities, in: Ders. (Hrsg.), The Authority of Experts: Studies in History and Theory, Bloomington, Ind., 180-225.
- Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus-Dieter/Zürn, Michael* (Hrsg.) 2003: Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden.
- Horkheimer, Max* 1970: Traditionelle und kritische Theorie, (zuerst 1937), Frankfurt a. M..
- Käsler, Dirk* 1979: Max Weber zur Einführung, München.
- Kant, Immanuel* 1956: Kritik der reinen Vernunft, (zuerst 1781), Ausgabe Meiner, Hamburg.
- Kant, Immanuel* 1959: Der Streit der Fakultäten, (zuerst 1798), Ausgabe Meiner, Hamburg.
- Kant, Immanuel* 1973: Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis, (zuerst 1793), in: Vorländer, Karl (Hrsg.): Immanuel Kant. Kleinere Schriften zur Geschichtsphilosophie, Ethik und Politik, Hamburg, 67-112.
- Kondylis, Panajotis* 1986: Die Aufklärung im Rahmen des neuzeitlichen Rationalismus, München.
- Koselleck, Reinhart* 1973: Kritik und Krise. Zur Pathogenese der bürgerlichen Welt, (zuerst 1959), Frankfurt a. M..
- Kreuzer, Helmut* (Hrsg.) 1987: Die zwei Kulturen. Literarische und naturwissenschaftliche Intelligenz. C.P. Snows These in der Diskussion, München.
- Kuhn, Thomas* 1970: The Structure of Scientific Revolutions, (zuerst 1962), Chicago.
- Lepenes, Wolf* 1985: Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft, Frankfurt a. M..
- Marx, Karl* 1976: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts, (zuerst 1843), in: Marx-Engels-Werke, Bd. 1, Berlin, 203-333.

- Marx, Karl/Engels, Friedrich* 1958: Deutsche Ideologie, (zuerst 1845/46), Marx-Engels-Werke, Bd. 3, Berlin.
- Mommsen, Wolfgang J.* 1974: Max Weber. Gesellschaft, Politik und Geschichte, Frankfurt a. M..
- Münkler, Herfried* 1985: Politikwissenschaft. Zu Geschichte und Gegenstand, Schulen und Methoden des Fachs, in: Ders./Fetscher, Iring (Hrsg.), Politikwissenschaft. Begriffe – Analysen – Theorien. Ein Grundkurs, Reinbek, 10-24.
- Münkler, Herfried* 2003: Geschichte und Selbstverständnis der Politikwissenschaft in Deutschland, in: Ders. (Hrsg.), Politikwissenschaft. Ein Grundkurs, Reinbek, 13-54.
- Nietzsche, Friedrich* 1874: Unzeitgemäße Betrachtungen, 2. Stück: Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, Ausgabe Colli/Montinari, Berlin.
- Popper, Karl* 1973: Logik der Forschung, (zuerst 1934), Tübingen.
- Popper, Karl* 1987: Das Elend des Historizismus, (zuerst engl. 1944/45), Tübingen.
- Raynaud, Philippe* 1987: Max Weber et les dilemmes de la raison moderne, Paris.
- Ringer, Fritz K.* 1983: Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine, 1890-1933, Stuttgart.
- Roche, J. J.* 1997: Les relations internationales: Les nouveaux débats théorique, Paris.
- Rorty, Richard* 1981: Spiegel der Natur. Eine Kritik der Philosophie, (zuerst 1979), Frankfurt a. M..
- Rorty, Richard* 1989: Kontingenz, Ironie, Solidarität, Frankfurt a. M..
- Rose, Nicolas S.* 1996, Inventing Our Selves: Psychology, Power, and Personhood, Cambridge.
- Röttgers, Kurt* 1982: Kritik, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 3, Stuttgart, 651-675.
- Schmidt, Brian C.* 2002: On the History and Historiography of International Relations, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hrsg.), Handbook of International Relations, 3-21.
- Smith, Steve/Booth, Ken/Zalewski, Marysia* (Hrsg.) 1996: International theory: positivism and beyond, Cambridge.
- Schnädelbach, Herbert* 1983: Philosophie in Deutschland 1831-1931, Frankfurt a. M..
- Schnädelbach, Herbert* 1985: Vernunft, in: Ders./Martens, Ekkehard (Hrsg.), Philosophie. Ein Grundkurs, Reinbek bei Hamburg, 77-115.
- Schwingel, Markus* 1993: Analytik der Kämpfe. Macht und Herrschaft in der Soziologie Bourdieus, Hamburg.
- Spittler, Gerd* 1980: Abstraktes Wissen als Herrschaftsbasis: Zur Entstehungsgeschichte bürokratischer Herrschaft im Bauernstaat Preußen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 32: 4, 574-604.
- Taureck, Bernhard H.F.* 1989: Nietzsche und der Faschismus. Eine Studie über Nietzsches politische Philosophie und ihre Folgen, Hamburg.

Walker, R.B.J. 1993: *Inside/outside: International Relations Theory as Political Theory*, Cambridge.

Weber, Max 1988: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, (zuerst 1922), hrsg. v. J. Winkelmann, Tübingen.